

ANTWORTEN
von
Cem Özdemir
(WK Stuttgart I)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>



1. Bei vielen Veranstaltungen habe ich Aktive der Grünen Jugend kennengelernt. Es gibt aber leider auch eine ganze Reihe von Kreis- und Ortsverbände, wo ich kaum oder gar keine Mitglieder der Grünen Jugend getroffen habe. Daran müssen wir gemeinsam etwas ändern. Eine Partei - auch wenn unsere noch vergleichsweise jung ist - kann neue Ideen und spannende Anregungen gut gebrauchen. In einer Zeit, wo Grüne Gedanken in der gesellschaftlichen Mitte ankommen, müssen wir aufpassen, dass wir nicht langweilig oder berechenbar werden ohne in fundamentalistische Reflexe zu verfallen. Aus meiner Sicht kann eine eigenständige Grüne Jugend da eine wichtige Rolle spielen und gerade auch jenen jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich mit Grüner Politik auseinanderzusetzen und dafür zu werben, ohne gleich Parteimitglied sein zu müssen. Ich setze deshalb auf einen kritischen, aber offenen und fairen Dialog mit der Grünen Jugend.
2. Mit 42 Jahren bin ich nicht mehr 22. Unabhängig davon verbinde ich mit meiner politischen Arbeit einen generationenübergreifenden Ansatz, bei dem auch die Interessen der jungen und nachkommenden Generationen gewahrt bleiben. Nachhaltigkeit erstreckt sich nicht nur auf die Ökologie, sondern auch auf andere Politikbereiche.
3. Wir Politikerinnen und Politiker müssen so sprechen, dass uns auch die verstehen, die nicht Teil des klassischen Politikbetriebs sind. Zur Glaubwürdigkeit gehört aber auch, dass wir nicht nur über Politik für junge Menschen reden, sondern Politik auch von jungen Menschen mitgestaltet wird. Ich denke, in dieser Hinsicht sind wir Grünen ganz gut aufgestellt. Das entbindet uns jedoch nicht von der Aufgabe, unseren Nachwuchs auch aktiv zu fördern und uns immer wieder der kritischen Diskussion zu stellen.
Dazu gehört aber auch, dass wir „dorthin gehen“, wo die junge Generation sich aufhält, lebt und diskutiert. Dann können wir „Ältere“ vielleicht so manche Sichtweise und manches Problem besser verstehen. Dazu gehört auch, wie junge Erwachsene miteinander

kommunizieren, welche Rolle Internet, Handy, Web 2.0 spielen und was das für das Leben junger Menschen bedeutet. Ich meine, als ich bei den Grünen aktiv wurde, war das die Zeit des Commodore C64!

4. Meine Kernthemen für den Wahlkampf ergeben sich aus dem Dreiklang Ökologie (Klima und Energie), Gerechtigkeit (Bildungsgerechtigkeit) und Freiheit (Bürgerrechte und Datenschutz). Daraus leiten sich für mich auch die Prioritäten für mögliche Koalitionsverhandlungen ab. Einen Ausstieg aus dem Atomausstieg kann es mit uns genauso wenig geben wie einen Ausbau der Kohleverstromung. Beim Datenschutz gibt es für mich genauso eine klare Grenze wie beispielsweise bei der Frage, dass die Bundeswehr nicht im Inland eingesetzt werden darf. Sollte es denn zu Koalitionsverhandlungen kommen, dann müssen wir auch auf den Ausbau der Bildungsinfrastruktur und die Erhöhung des Hartz IV-Satzes drängen. Weitere Projekte hängen natürlich auch vom Wahlprogramm ab, das noch erarbeitet wird. Aber für mich spielt noch eine ganz andere Frage eine wichtige Rolle: Kann ich meinem potentiellen Koalitionspartner vertrauen und habe ich das Gefühl, dass es zwischen uns passt? Gibt es ein von allen Seiten getragenes Interesse daran, gemeinsam erfolgreich zu sein? Ein Roland Koch könnte mir schriftlich viel zusichern – eine Koalition mit ihm könnte ich mir dennoch nicht vorstellen.
5. Wir könnten sofort mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit beginnen, Mindestlöhne einführen (auch weil gerade Frauen davon profitieren würden, die in unterbezahlten Branchen arbeiten) und von Norwegen lernen, wo in den Aufsichtsräten großer Unternehmen eine verbindliche Frauenquote gilt. Gerade die Lohndiskriminierung ist ein Thema, das wir unaufhörlich skandalisieren müssen. Der durchschnittliche Stundenlohn für Frauen liegt in Deutschland um 22% niedriger als bei Männern. Frauen und Männer, die die gleiche Arbeit leisten bzw. die gleiche Position innehaben, werden unterschiedlich bezahlt – das ist so, als ob Angela Merkel 22% weniger bekommen würde als Gerhard Schröder, nur weil sie eine Frau ist. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Arbeit, Einkommen und zugeschriebenem gesellschaftlichen Status. Was für ein Signal ist es dann, wenn Frauen für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als Männer? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - hier kann es für uns keinerlei politische Kompromisse geben.
Ein besonderes Anliegen ist mir die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere in Form von Zwangsehen oder gar so genannten Ehrenmorden. Daher unterstütze ich die Menschenrechtsorganisation für Frauen Terre des Femmes, die hier wertvolle Arbeit leistet. Es geht mir aber in der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern noch um eine ganz andere Ebene – die Anerkennung. Wenn ich höre, dass die deutsche Bundesregierung argumentiert, dass sie gegen die EU-Pläne ist, den Mutterschutz von 14 auf 18 Wochen zu erhöhen, weil sie angeblich Nachteile für junge Frauen im Beruf fürchtet, dann stimmt etwas in unserem Lande nicht, dann stimmt auch in den Köpfen dieser Regierung etwas nicht.

6. Unser Ziel muss die gesetzliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft sein. Wir Grüne haben in dieser Frage während unserer Regierungszeit schon eine ganze Menge zum positiven verändert. Gerade beim Schutz vor Diskriminierung ist aber noch genauso viel zu tun wie bei der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Aus meiner Sicht ist es ein Kampf zweierlei Art, der auf uns wartet. Zum einen das Erreichte zu verteidigen und dafür zu sorgen, dass es endlich in ganz Europa umgesetzt wird. Zum anderen aber auch neue Projekte anzupacken und entschieden für die gesetzliche Gleichstellung zu kämpfen.
7. Unser Grundsatzprogramm legt mit dem Begriff der erweiterten Gerechtigkeit eine gute programmatische Grundlage für unsere Sozialpolitik – auch wenn der Begriff selbst vielleicht ein wenig sperrig ist. Unser Nürnberger Beschluss fußt auf diesen Werten und ist mit der Perspektive der Grundsicherung viel besser, als er in der Presse dargestellt wurde. Die Regelsätze für Hartz sind zu niedrig, von 351 Euro im Monat kann man heute nicht leben. Deshalb haben wir beschlossen, ihn auf 420 Euro zu erhöhen, auch wenn das ungefähr zehn Milliarden Euro kostet. Im Zentrum unserer Sozialpolitik muss aber die Teilhabegerechtigkeit stehen. Die BDK hat deshalb völlig zu Recht beschlossen, die Prioritäten bei der Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsmarkt und mehr Investitionen in Gemeinschaftsgüter zu setzen, von der Kinderbetreuung angefangen. Sozialpolitik ist viel mehr als Verteilungsgerechtigkeit und Nachsorge, wie vor allem die Linkspartei sie definiert. Das müssen wir Grüne in den kommenden Wahlkämpfen offensiv vertreten.
8. Der Staat muss Anreize schaffen, dass jede/r die Chance hat, energiesparende Geräte zu erwerben. Auch müssen beispielsweise Vermieter zukünftig viel stärker in die Pflicht genommen werden, ihr Eigentum energetisch zu sanieren, damit die Mieter nicht länger auf hohen Nebenkosten sitzen bleiben. Damit könnte man gerade für Familien mit geringerem Einkommen sehr viel erreichen.
Ökologie ist aber auch eine Bildungsfrage. Wir müssen viel früher jungen Menschen aus Familien aller Einkommensschichten nahe bringen, wie wichtig umweltgerechtes Verhalten ist. Das ist ein Thema, das auch im Kindergarten und in der Schule eine Rolle spielen muss.
Ich wende mich in dieser Frage auch direkt an türkischstämmige Migranten, etwa in dem ich eine Informationsoffensive der Schönauer Stromrebellens (EWS) unterstütze. In Berlin findet demnächst ein vom BUND mitorganisierter Türkischer Umwelttag statt, wo es auch um die Sensibilisierung türkischstämmiger Migranten für ökologische Fragen geht. Ich werde daran mitwirken.
9. Ein zentraler Ort zur Herstellung von Chancengerechtigkeit ist für mich unser Bildungssystem – doch genau daran scheitert es. Unser Bildungssystem gleicht einem 100-Meter-Lauf, bei dem nur auf den ersten Blick alles fair zu sein scheint, schließlich müssen ja alle dieselbe Strecke bewältigen. Nur ein kleines, jedoch entscheidendes Detail stimmt

nicht: Die einen haben ein Bein, die anderen eben zwei. Es muss vielleicht nicht jeder Abitur machen und anschließend studieren – aber es sollte jeder zumindest unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft die Chance darauf haben.

Es wird hin und wieder angeführt, Politik habe im Zuge der Globalisierung an Einfluss und an Gestaltungsmöglichkeiten verloren, da nationale Entscheidungen nicht an den eigenen Grenzen halt machen. Wenn es aber einen Bereich gibt, wo Politik sehr wohl gestalten kann, dann ist es das Bildungssystem. Wir Grünen haben in der vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge für eine „neue Schule“ und zur frühkindlichen Erziehung gemacht. Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen nannten die Wählerinnen und Wähler Schule und Bildung als wichtigstes Thema. Wenn die CSU bei den bayerischen Landtagswahlen nun dermaßen abgestraft wurde, dann auch deshalb, weil sie in der Bildungspolitik auf ganzer Linie versagt hat. Bildung wird auch in den kommenden Wahlkämpfen eine zentrale Rolle spielen. Das müssen wir als Chance begreifen.

10. Eine „grüne Armee“? Ich nehme an, die Frage zielt auf die Bundeswehr und nicht etwa auf eine Parteiarmee... Dass wir die Wehrpflicht abschaffen und durch eine Freiwilligenarmee ersetzen wollen, wird nach den kommenden Wahlkämpfen hoffentlich jede/r mitbekommen haben. Das ist übrigens auch eine Frage der Gerechtigkeit, um auf Frage 9 zurückkommen. Von einer allgemeinen Wehrpflicht kann ja kaum die Rede sein, wenn ein Teil der Wehrpflichtigen zum Wehrdienst herangezogen wird – denn dieser ist dann gegenüber Gleichaltrigen benachteiligt, die zur selben Zeit etwa studieren oder eine berufliche Ausbildung durchlaufen.